

Südwürttembergische Regionalidentität und die Wiedereinführung der Konfessionsschule

für den Sieg der Bekenntnisschule in Südwürttemberg-Hohenzollern. Das soll heißen: Die ganz kompromißlose und hoch motivierte Vorgehensweise des Ordinariats in Rottenburg einerseits und das ständige Lavieren und Zurückweichen der Tübinger Militärregierung und des Stuttgarter Oberkirchenrats andererseits ermöglichen die Wiederherstellung der Bekenntnisschule in Südwürttemberg als Unikat in der Bildungslandschaft des Südwestens.

7. KONFESSIONSSCHULE UND SÜDWESTSTAATBILDUNG

Entgegen den naiven Erwartungen des evangelischen Oberkirchenrats in Stuttgart sind die Befürworter der Konfessionsschule nicht in erster Linie an einer Regelung für Württemberg-Hohenzollern interessiert, denn seit den Südweststaatverhandlungen im Sommer 1948 war dies ein Staat auf Widerruf, sozusagen mit Verfallsdatum. Vielmehr gelten die entsprechenden Regelungen als Verhandlungspaket bei den „Fusionsgesprächen“. Die großen politischen Anstrengungen der CDU ergeben nur dann einen Sinn, wenn sie nicht mit dem Staat Württemberg-Hohenzollern zu Grabe getragen werden, sondern in die geplante Neuschöpfung Südweststaat einfließen. Schon bei den allerersten Verhandlungen auf dem Hohenneuffen bekommt der südwürttembergische Vertreter, Innenminister Renner (SPD), statt des schwer erkrankten Staatspräsidenten Bock (CDU) durch den Kultusminister Albert Sauer (CDU) mit auf den Weg, dass die kulturpolitischen Besonderheiten Südwürttembergs auch im neu zu bildenden Staat gewährleistet sein müssen. Im Protokoll der Kabinettsitzung unmittelbar vor dem Südweststaat-Treffen auf dem Hohenneuffen ist ausdrücklich die Stellungnahme von Kultusminister Sauer festgehalten: *Ausnahmsweise müsse auch in Zukunft noch eine gesonderte Regelung gewisser Materien möglich sein. Die CDU-Fraktion lege z. B. den größten Wert darauf, das Schulgesetz noch vor dem Zusammenschluß zu verabschieden... Minister Dr. Sauer bringt weiter zum Ausdruck, das Kultministerium lege Wert darauf, bei dem Ausschuß, welcher vermutlich für den Zusammenschluß von Württemberg und Baden aufgestellt werde, beteiligt zu werden*²⁹.

Es ist deshalb nur konsequent, wenn Staatspräsident Gebhard Müller (CDU) – Nachfolger des verstorbenen Lorenz Bock – in seinen Geheimverhandlungen mit dem nordwürttembergischen Ministerpräsidenten Reinhold Maier (DVP) in Schlattstall am 21. Juni 1949 die südwürttembergische Konfessionsschule im geplanten Gesamtstaat durch eine entsprechende Vereinbarung absichert³⁰. Im Klartext bedeutet dies, dass der südwürttembergischen CDU bei ihrem Vorgehen sehr bewußt ist, dass sie einerseits die Konfessionsschule nur unter den besonderen Gegebenheiten Südwürttembergs durchsetzen kann und dass sie andererseits im neuen Südweststaat dieses besondere regionale schul- und bildungspolitische Profil unbedingt erhalten

29 StA Sigmaringen Wü 2/306 (S. 2); siehe dazu auch H. PFEFFERLE: Identitätsbildung, S. 232ff, insbes. S. 233f.

30 Protokoll Gebhard Müller, S. 6 (StA Sigmaringen Wü 2/229); siehe dazu PFEFFERLE: (wie Anm. 8) S. 240.